

Vor 70 Jahren: Generalstreik gegen Ludwig Erhard und die Einführung der Marktwirtschaft von Daniel Koerfer

Der Generalstreik ist eine mächtige politische Waffe. „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“, hatte Georg Herwegh nicht von ungefähr 1863 im Bundeslied des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) gedichtet, aus dem bald darauf die SPD hervorgehen sollte. Aber um wirklich wirksam werden zu können, setzt er ein hohes Maß an Geschlossenheit und Solidarität voraus. Deshalb hat es in der schweizerischen und deutschen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts nur sehr wenige Generalstreiks gegeben. In der Schweiz gab es den letztlich wenig erfolgreichen Landesstreik im Herbst 1918. In Deutschland gab es drei Generalstreiks. Der bekannteste dürfte der Arbeiteraufstand am 16. und 17. Juni 1953 in der DDR sein, der in einen Volksaufstand für freie Wahlen und Wiedervereinigung überging und den die sowjetischen Panzer niederwalzten. Erfolgreicher war demgegenüber der Generalstreik im Frühjahr 1920 gegen den Putschversuch der Herren Kapp und Lüttwitz und deren militärische Helfer von der Marinebrigade Ehrhardt. Dieser Generalstreik legte das ganze Land lahm, ließ Züge anhalten, Bankschalter schließen, folglich die Putschisten rasch verzweifeln und verschwinden. Der dritte Generalstreik ist heute gänzlich unbekannt und vergessen. Er fand vor siebzig Jahren statt, im November 1948. Und wieder ging es gegen einen Erhard. Der war aber diesmal ein Demokrat durch und durch und wollte die herausziehende zweite deutsche Republik stützen und stärken, nicht schwächen oder verhindern. Dieser Ludwig Erhard war in jenen Wochen und Monaten allerdings der unpopulärste, unbeliebteste deutsche Politiker weit und breit.

Als Direktor der bizonalen, ab Mitte 1948 dann trizonalen Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt – einer Art „Vorregierung“ vor Gründung der Bundesrepublik – und gestützt auf eine schmale bürgerliche Mehrheit von CDU/CSU, FDP im Wirtschaftsrat – einer Art „Vorparlament“ vor der ersten Bundestagswahl 1949 – hatte Erhard parallel zur Währungsreform und der Einführung der D-Mark die meisten Bewirtschaftungsregeln und staatlichen Preissetzungen aufgehoben. Es war ein mutiger, ja tollkühner Befreiungsschlag, denn die staatliche Bewirtschaftung hatte sich, in der Endphase der Weimarer Republik in Gang gesetzt und im Dritten Reich massiv verstärkt, wie

ein erdrückendes, strangulierendes Netz über Wirtschaftsdeutschland gelegt.

Ludwig Erhard und seine wenigen Mitstreiter wollten, dass jede Art der Preisbildung durch Wettbewerb und Markt zustande kommt und nicht durch staatliches Diktat. Das galt auch für die Lohnhöhe, denn Löhne sind Preise, Preise für Arbeit. Staatlich verordnete Mindest- oder Maximallöhne lehnte Erhard deshalb ab. Denn der Staat, so seine klare Überzeugung, erwirtschaftete selber nichts und dürfe daher die Freiheit derjenigen, die etwas erwirtschaften, an diesem Punkt nicht einschränken. Ludwig Erhard hob die Bewirtschaftung auf, gestützt auf das sogenannte „Leitsatzgesetz“, das heute gänzlich unbekanntes Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft.

Diese Vollmacht des Wirtschaftsrates nannte die Opposition von KPD und SPD eine diktatorische Vollmacht, ein „Ermächtigungsgesetz“. Als Erhard auf der Basis des Gesetzes tätig wurde, bekämpfte sie seine Wirtschaftsreform im Bündnis mit den deutschen Teilgewerkschaften – der DGB wird erst 1949 gegründet – erbittert als „neoliberales“ Teufelswerk. Tatsächlich: „neoliberal“ war damals schon wie heute wieder auf der Linken ein politisch vernichtendes Etikett. Da, wo Erhard – abgesehen von wenigen Ausnahmen, etwa bei Grundnahrungsmitteln, Energieträgern und Mieten – auf Marktwirtschaft und Wettbewerb setzte, setzten SPD und KPD wie die große Mehrheit der ökonomisch Interessierten weiterhin auf massive staatliche Lenkung, auf staatliche Preissetzung, staatliche Zuteilung der knappen Rohstoffe, staatlich festgesetzte Mieten, staatlich festgesetzte Löhne – und hofften im Übrigen weiterhin auf eine Welle der Verstaatlichung von Großunternehmen und Banken. Im Wirtschaftsrat liefen sie weiterhin Sturm gegen die Implementierung der Marktwirtschaft. Mehrere Misstrauensanträge der Linksparteien hatte Ludwig Erhard hier wie später auch im Deutschen Bundestag zu überstehen – tatsächlich ist die Marktwirtschaft bis heute nicht in die grundlegende DNA von SPD und Linken aufgenommen worden.

Damals gab es allerdings wesentlich mehr Anlass zur Kritik. Denn nach der Aufhebung der Bewirtschaftung waren zwar die Schaufenster und Läden plötzlich voll und es gab auch zuvor nicht gesehene „Luxusgüter“ wie Schreibmaschinen. Aber es schossen eben auch die freigegebenen Preise in die Höhe, während die Löhne niedrig blieben. Ein neuer Anzug, der 1938 8 Mark und vor der Währungsreform 17 Reichsmark gekostet hatte, kostete jetzt plötzlich 40 D-Mark, wie

Erhard sich von SPD-Abgeordneten im Wirtschaftsrat vorhalten lassen musste. Die neue D-Mark war ein knappes Gut. Die Menschen hatten schlicht kaum Geld, um das zu kaufen, was sie wollten und ohne, wie sie vielfach fanden, Wucherpreise zahlen zu müssen. Es kam zu zahlreichen spontanen Protestaktionen. Beim „Eierkrieg“ auf dem Münchner Viktualienmarkt wurden Stände umgestürzt, in Stuttgart wurden „hochpreisige“ Läden besetzt.

Deutscher Gewerkschafts-Bund Britische Zone
und das Land
Bremen

Arbeiter, Angestellte und Beamte im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Zur Demonstration

**des gewerkschaftlichen Willens ruht die Arbeit am
Freitag, 12. November 1948 von 00 bis 24 Uhr
im gesamten Wirtschaftsgebiet der vereinigten Zonen.**

Die Gewerkschaften fordern:

1. Die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notstandes.
2. Zur Ueberwindung dieses Notstandes zeitlich befristete ausserordentliche Maßnahmen:
 - a) Einsetzung eines Preisbeauftragten mit besonderen Vollmachten;
 - b) Erlaß eines dem Notstand angepaßten Preis-, Kontroll- und Wuchergesetzes
 - c) erweiterte Vollmachten und Verpflichtungen für Polizei und Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Preiswucher, Warenhortung und illegalem Warenhandel
 - d) schnellste Aburteilung von Verstößen gegen Gesetze und Anordnungen in Verbindung mit dem Notstand in einem besonderen Verfahren.
3. Beschleunigung des Jedermann-Programms und seine Erweiterung in einem Ausmaß, das dem Verhältnis vordringlichem Massenbedarf und weniger vordringlichem Bedarf gerecht wird.
4. Neuordnung der Steuererfassung und drakonische Strafmaßnahmen gegen Steuerbetrüger und deren Mithelfer.
5. Wirksame Maßnahmen, um bei Lastenausgleich den Sachwertbesitz sowie die Sachwertgewinne aus Warenhortung und Preiswucher zu erfassen und für einen gerechten sozialen Ausgleich zu verwenden.
6. Aufrechterhaltung bezw. Wiederherstellung der vollen Erfassung und Bewirtschaftung im Ernährungssektor.
7. Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite, sowie für den Außenhandel und den Großverkehr.
8. Ueberführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft.
9. Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.
10. Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 u. 9 von den Parlamenten bereits beschl. Gesetze.

Männer und Frauen, reiht Euch ein! **Es handelt sich um Euer Lebensinteresse!**

Frankfurt a. M., 6. November 1948 Der Gewerkschaftsrat des Vereinigt. Wirtschaftsgebietes
HANS BOCKLER

Als sich Ludwig Erhard Anfang November im Wirtschaftsrat weiterhin weigerte, bei seiner eingeleiteten Reform Abstriche zu machen, beschloss die Linke im Bündnis mit den Gewerkschaften, für den

12. November 1948 zum Generalstreik aufzurufen. Die amerikanische und die britische Militärverwaltung – Deutschland stand ja unter Besatzungsrecht – genehmigten diesen Aufruf, während die französische ihn sofort verbot. Tatsächlich wurde der Aufruf in der Bizone breit befolgt. Am Abend des 11. November begannen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets um 22.00 Uhr mit der Arbeitsniederlegung. Am nächsten Tag wurde in etwa 2.100 von 3.000 Betrieben im neuen Bundesland Nordrhein-Westfalen – einer britischen „Schöpfung“ – nicht gearbeitet. Lediglich 300 Betriebe arbeiteten „normal“. Die Gewerkschaften registrierten insgesamt in der Bizone 9.250.000 Beschäftigte im Ausstand – bei insgesamt 11.7 Millionen. Eine Streikbeteiligung von rund 80 Prozent ist sehr hoch. Sie zeigt, wie sehr den Menschen Wirtschaftsthemen unter den Nägeln brannten. Tatsächlich hatte der Streikaufruf wirtschafts- *und* sozialpolitische Ziele, die in einem Demonstrations-Streik durchgesetzt werden sollten. Die Leute sollten am 12. November nicht zu Hause bleiben, sondern überall machtvoll durch die Straßen ziehen, was tatsächlich auch geschah.

Generalstreik/Demonstration in Nürnberg gegen Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik und die Einführung der Marktwirtschaft am 12.11.1948 (Photo: Stadtarchiv Fürth)





In den Stäben der alliierten Militärverwaltung wurde man unruhig. In der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt begann sich Panik auszubreiten. Ein solcher Massenprotest, wie Deutschland ihn zuletzt 1920 gesehen hatte, war doch ein mehr als bedrohliches Signal. Tatsächlich erging von Abteilungsleitern die Anweisung, die Druckerpressen wieder in Gang zu setzen und neue Bezugsscheine für die Rückkehr zur Bewirtschaftung vorzubereiten. Die staatliche Verteilung von Gütern war das Kerngeschäft dieser Behörde mit ihren weit über 3.000 Mitarbeitern gewesen, von denen die Mehrzahl durch

Erhards Entscheidungen arbeitslos zu werden drohte, nun wollten sie wieder dazu zurückkehren.

Allein, Ludwig Erhard sagte klar und entschieden NEIN. Er, der später das Image eines „Gummilöwen“ angeheftet bekommen sollte, war in dieser extrem kritischen Situation klar, hart und unbeirrt. Eine Rückkehr zur Bewirtschaftung werde es mit ihm nicht geben. Allerdings war er kein Narr. Im Bündnis mit der amerikanischen Besatzungsmacht, die ihm ohnehin den Rücken frei hielt und ohne die er seinen zunächst ja sehr harten marktwirtschaftlichen Kurs schwerlich hätte fortsetzen können, wurde das sog. „Jedermann-Programm“ verstärkt. Aus Armee- und staatlichen Beständen wurden jetzt Waren zu niedrigen Festpreisen auf den Markt gegeben, die den Preisauftrieb spürbar dämpften. So kamen etwa 500.000 Meter Schürzenstoff und 100.000 Kindermäntel in den Handel. 60 Prozent eines damals sehr gefragten Produktes – Schuhe – kamen ebenfalls aus diesem Programm. Ein anderer wichtiger Preis, der Brotpreis, wurde über das „Konsumbrotprogramm“ gedämpft, das erst 1953 auslief. Durch diese Flexibilität mit einigen wenigen Interventionen, die aber an der zentralen marktwirtschaftlichen Ausrichtung nichts änderte und einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, wie sie im Generalstreik auch gefordert worden war, eine klare Absage erteilte, überstanden Ludwig Erhard und seine wenigen Mitstreiter die dramatische November-Krise 1948. Ein Jahr später sollte die CDU/CSU unter Konrad Adenauers Regie mit dem von Ludwig Erhard inspirierten Wahlslogan *„Marktwirtschaft statt Planwirtschaft“* zur ersten Bundestagswahl gegen die Linksparteien antreten – und diese Wahl sogar damit hauchdünn gewinnen.